

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschreiber: Nachrichten Dresden
Herausgeber-Sammelnummer: 80841
Kur für Reichspartei: Nr. 80012
Schriftleitung u. Hauptredakteur: Dresden - II, Marienstraße 28/42

Bezugspflicht vom 10. bis 21. März 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung bei Preis 1.70 Rtl.
Bezugspreis für Monat März 2.40 Rtl. mindst. 20 Vlg. Postgebühr (ohne Verkaufsstättengesetz),
Gesamtnummer 10 Vlg., außerhalb Deutschlands 15 Vlg. Abgabenzettel: Die Anzeigen werden nach
Gebrauch berechnet; die einzelpreise 50 mm breite Zeile 55 Vlg., für ausdrücklich 40 Vlg. Sammlungs-
anzeigen und Stellensuchte ohne Abbild 55 Vlg., außerhalb 15 Vlg., die 90 mm breite Reklamezeile
200 Vlg., außerhalb 200 Vlg. Postentgeltsatz 30 Vlg. Ausdrückliche Aufträge gegen Vorauflagezahlung

Druck u. Verlag: Steinkopf & Reichert,
Dresden, Wallstraße 1068 Dresden
Rohrdruck nur mit best. Quellenangabe
(Dresden, Stadt, zulässig). Unterlängige
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Aussflug in Mannheim

Die Aussprache auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Mannheim, 23. März. Nach der Rede des Parteivorsitzenden Scholz sprach Dr. Kahl dem Redner herzlichen Dank und aufrichtigen Vertrauen des Parteitages aus. Es sei eine Rede im Sinne Stresemanns gewesen. Das könne man nicht schöner zum Ausdruck bringen, als wenn man im Schluss daran ein Telegramm an Stresemanns Witwe sende und darin des unvergleichlichen Führers gedenke.

In der Aussprache erhält zunächst das Wort der bayrische Landtagsabg. Bürger-Pfälz. Er dankt dem Parteiführer Stresemann, der das Schicksal der Pfalz und des Rheinlandes als Reparationsprovinz gewendet habe, und dann auch Dr. Curtius, der das vor sieben Jahren begonnene Werk zu Ende geführt habe.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer:

Ich weiß, daß ich dem deutschen Volk mit meinen Steuervorlagen außerordentlich viel zumute. Es ist mir nicht leicht geworden, nachdem ein sozialdemokratischer Finanzminister Steuererleichterungen in ganz erheblichem Umfang am 1. April 1920 angekündigt hatte, statt dessen zum gleichen Termin Steuererhöhungen vorgenommen. Ich habe es getan, weil

die Kostenentwicklung ein unabdingtes Gelt gebot.

Wenn das Ausland weiß, daß an jedem Ultimo der Finanzminister von Bank zu Bank läuft, um die notwendigen Mittel zu pumpen, dann leidet nicht nur das Ansehen des Reiches, sondern auch der Kredit der deutschen Wirtschaft.

Wir brauchen in den nächsten Monaten den Zahn vom ausländischen Kapital. Das liegt voran, daß man das notwendige Vertrauen in die deutsche Finanzwirtschaft hat. Man wird diese Mittel aber nur dann gut verwenden können, wenn zu der Sanierung der Krise hinaukommt ein erster Wille, der Ausgabenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden zu sanieren und zu einer Senkung der Steuern, namentlich der unerträglichen Realsteuern, zu gelangen.

Wir haben den ersten Willen, der in Gesetzesvorlagen bereits zum Ausdruck kommt. In diesem Sinne liegt auch ein Ermaßigungsgesetz, das das Reichskabinett vorgehern abend auf meinen Antrag verabschiedet hat. Ich verspreche mir davon nicht nur das Hereinströmen ausländischen Kapitals, sondern auch einen erhöhten Umsatz der Pfandbriefe und damit eine günstige Wirkung auf den Baumarkt.

Als Vertreter der Landwirtschaft

betont preußischer Landtagsabg. Scholz sein Vertrauen in den neuen Parteiführer. Die Not der Landwirtschaft sei die Not der Gesamtirtschaft. Der gewerbliche Mittelstand sei auf engste verbunden mit den Landwirten. Die Grenzniedrigung im Osten könne nie als gerecht anerkannt werden. (Fest. Just.) Die Landwirtschaft sehe das polnische Liquidationsabkommen und den Handelsvertrag mit Polen mit Misstrauen an.

Diedmann-Sachsen

dankt im Auftrage der sächsischen Organisationen den Ministern Dr. Curtius und Dr. Moldenhauer für ihre verdienstvolle Arbeit im Haag. Gegenüber dem Aufruf des Parteivorsitzenden zur Sammlung erklärt der Redner, daß diese Sammlung gleichmäßig nach rechts und links erfolgen müsse und nicht aus Aufgabe der Eigenart und der Selbstständigkeit der Deutschen Volkspartei führen dürfe.

Generaldirektor Schmidt-Hirschberg bezeichnet als das größte Plus dieses Parteitages, daß endlich auch die DVP die DVP-Probleme mehr in den Vordergrund gerückt habe. In einer polnischen Geheimdenkschrift werde gesagt, daß Polen die Aufgabe habe, die Aufnahmehemmung für lebensfähige deutsche Wirtschaften an der polnischen Westgrenze zu schaffen.

Lütke-Welspach erklärt, von den künftigen Entscheidungen werde das Vertrauen zur Deutschen Volkspartei abhängen. In erster Stelle müsse die Entlastung der Wirtschaft stehen. Sachsen habe allein 800 000 Arbeitslose.

Reichstagabg. Dr. Scholz betont die Notwendigkeit der Wiedererlangung kolonialen Weltmarkts. (Beifall.) Das Recht dieser Rohstoffbasis mache sich immer mehr spürbar. Ein Deutschland mit Kolonien werde bald seine Zahlungsbilanz verbessern und die Arbeitslosigkeit mildern. Die koloniale Sache sei nicht eine Parteisache, sondern die Sache des ganzen deutschen Volkes. Sondern sei die aktive Beteiligung Deutschlands am Mandatsystem zu erstreben, für die sich auch Stresemann eingesetzt habe. (Beifall.)

Dr. Noben-Söhn von den Februarcluben stellt für die heimliche Übereinstimmung mit Gläsel fest, besonders in dem Gedanken der Sammlung der bürgerlichen Masse. Diese Sammlung dürfe auch nicht scheitern an einem Parteianamen. Die Befreiungskampagne Aktion wolle in Kürze mit der Gründung einer neuen bürgerlichen Partei vor die Öffentlichkeit treten. (Hört, hört!) Das wäre das Verdächtigste, was dem deutschen Volke geschehen könnte; das müsse aufs energischste verhindert werden. (Beifall.)

Damit schließt die Aussprache. Es folgt der

Organisationsbericht.

den Staatssekretär a. D. Kempkes erstattet. Die vielfachen schweren Wirtschaftsstände haben im Bürgertum eine starke politische Regeneration, ja, eine fast an Verzweiflung grenzende

Zeit schwer gefallen. Haben wir aber diese Einstellung etwa gefunden, so ist uns das gelungen auf Grund unseres höchsten politischen Prinzips, eben des Liberalismus. Ich persönlich habe an die Zukunft den Wunsch, daß der Ausgang der Zeit möge, daß unter allen Umständen die Deutsche Volkspartei als positiv schaffende Kraft der Reichserhaltung bestehen bleibe möge. Dem Wesen unserer Partei würde eine Rolle als reine Oppositionspartei auf die Dauer nicht gut zu Gesicht stehen. In Angelegenheiten des Staates können wir vielleicht auseinandergehen, in der Stellung des Vaterlandes gibt es keine Meinungsverschiedenheiten unter uns. Was ich bin und was ich habe, dank ich dir, mein Vaterland! Darum schließen wir auch mit diesem Aford: Unser Höchstes und Liebste, der Himmel in unserer Brust, das deutsche Vaterland, es lebe hoch!

Die Versammelten stimmen in das Hoch ein und sangen stehend die erste Strophe des Deutschlandliedes. — Hierauf konnte Dr. Kahl den 8. Reichsparteitag für geschlossen erklären.

Die jungen Volkspartei für die nationale Staatspartei

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Reichsgemeinschaft junger Volkspartei hat anlässlich der Parteitags in Mannheim folgende Kundgebung erlassen: „Die von der Reichsgemeinschaft junger Volkspartei immer wieder erhobene Forderung nach neuer Frontbildung in der deutschen Politik und nach aktiver Zusammenfassung der Mittel zum

Entscheidungskampf um die Reichserneuerung hat inzwischen inner- und außerhalb der Parteien weite Volksfeinde erlaufen. Während heute auf der einen Seite die Sozialdemokratie den Staat zum Instrument ihrer Klassen- und Massenpolitik macht, während der Nationalsozialismus nationale Kräfte in die Sackgasse unverantwortlicher Obstruktion führt, verteidigt die Mitte, ohne in sich geschlossen zu sein, den Staat. Wir wollen daher die nationalen Volkskräfte durch produktive Ziele der Reichs- und Staatsreform, der sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung auf der Grundlage christlicher und selbstbewußter deutscher Kultur und ethlicher Arbeitsgemeinschaft aller wirtschaftlichen Stände sammeln. Unser Ziel ist ein großes Deutsches Reich, nach außen frei, nach innen unabhängig. Wir richten daher in dieser Stunde einen Appell an die zur Verantwortung bereiten Parteien, über Gegenseite der Vergangenheit hinwegzukommen, um

eine große nationale Partei der Mitte zu ermöglichen. Wir warnen vor weiterer Parteisplitterung und richten deshalb auch an die Volksnationale Reichsvereinigung und ähnliche Gruppen den Appell, in diesem Sinne bereit zu sein für eine große nationale Staatspartei der Mitte. Wir unterscheiden, frei von Parteigebiss und dem größeren Ziele zur Verfügung zu stellen. Wir halten es mit dem Worte Dr. Scholz' für die Pflicht und Ausgabe der Deutschen Volkspartei, führend und uneigennützig diesen Weg zur Sammlung des Volksbürgertums in einer großen Partei zu gehen.

Vor einer neuen Diskontermäßigung

Der Zentralausschuß der Reichsbank ist für heute Montag 11 Uhr vormittags einberufen worden, um über eine Diskontermäßigung um ein halb Prozent auf 5 Prozent Beschluss zu fassen. Die leichte Diskontermäßigung erfolgte am 7. März von 6 auf 5,5 Prozent.

Die Geldweltmarktlage zwingt die Deutsche Reichsbank zu einem derartigen Schritt, um die Verbindung mit dem Wechselmarkt nicht gänzlich zu verlieren. Daß dieser Schritt noch vor Überwindung des Quartalsultimo getan wird, zeigt davon, daß man eine allzu große Inanspruchnahme der Reichsbank zum Quartalswechsel nicht erwartet.

sachen, ihre Kräfte straffer zusammenzufassen unter Stärkung des Einflusses und der Stellung, aber auch der Verantwortung des Parteivorstandes.

In seinem

Schluswort

faßt der Vorsitzende Dr. Kahl die Verhandlungen wie folgt zusammen:

Der Inhalt unserer Verhandlungen war zu reich, als daß wir ihn etwa in eine Entschließung fassen können. Das ist auch nicht nötig, weil sich auf dem Parteitag in allen Fragen eine volle Einmütigkeit ergeben hat. Das Welen des Liberalismus besteht darin, die Zeichen der Zeit zu erkennen und danach zu handeln. In diesem Sinne bleibt der Liberalismus die Grundlage unserer gesamten politischen Arbeit. Er habe auch noch Bedeutung als stiftliches Prinzip. Ich habe das in die Formel gefaßt, bei der ich nach langen inneren Kämpfen bei der Auseinandersetzung mit der neuen Zeit bleibe: Der Liberalismus ist heute der verantwortungsvolle Tatsachenmut zu einer neuen Zeit! Uns allen ist die Einstellung auf die neue beschreiten.

Enthüllung des Ernst-Bassermann-Denkmales

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Mannheim, 23. März. Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei fand am Sonntagnachmittag mit der Enthüllung des Ernst-Bassermann-Denkmales, das Prof. Ledderer am Luisenpark in Mannheim errichtet hat, seinen Abschluß. Die Enthüllung fand in Anwesenheit des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei, sowie der meisten Delegierten des Parteitages, ferner der Stadtverwaltung Mannheims und unter starker Beteiligung der Bevölkerung statt. Auch die Minister Dr. Curtius und Dr. Moldenhauer, sowie Frau Luisa Bassermann nahmen an dem Festakt teil. Nach einleitenden musikalischen und gesanglichen Vortragen begrüßte als Vorsitzender des Denkmalausschusses der badische Landtagsabgeordnete,

Rechtsanwalt Dr. Waldecker, Mannheim,

die Erschienenen. Er erinnerte daran, daß fünf Angehörige der Familie Bassermann im Verlaufe eines Jahrhunderts im Parlament saßen, darunter Ernst Bassermann, Vater und Großvater. Der Redner hob Stresemanns hervorragende und begeisternde Mitarbeit an den Aufgaben des Denkmalausschusses hervor. In dieser Trauer empfanden alle, die am Werden des Denkmals mitgearbeitet haben, daß Stresemann am Tage der Enthüllung fehlt. Der Stadtrat von Mannheim habe einstimmig den Platz für das Denkmal gegeben. In dieser Einmütigkeit einer politischen Körperchaft liege die höchste Anerkennung für Bassermanns Lebensarbeit. Der Redner ging dann auf die Persönlichkeit Bassermanns ein, der die in Deutschland fast verlorene Sphäre des freien Bürgertums repräsentiert habe. Nach dem Gelöbnis, hier an der Stätte von Bassermanns Wirken seinem unvergänglichen Andenken die Treue zu halten, übergab der Redner das Denkmal in die Obhut der Stadtverwaltung. Im Anschluß an diese Ansprache wurde mit den Klängen des Niedersächsischen Dankgebots das Denkmal, ein stattliches Bronzestandbild, enthüllt.

Nunmehr hielt der Parteivorsitzende,

Reichsminister a. D. Dr. Scholz, die Weiherede.

Ernst Bassermann wurde 1899 fast einstimmig zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, und er übernahm dann die Führerstellung der Nationalliberalen Partei, die er bis zu seinem

Tode innegehabt hatte. Die Aufgabe, die er voraus, war schwer. Der Idealismus, der die Partei der Reichsgründung in erster Linie für den Aufbau des neuen Reiches, für seine gesetzgeberischen Grundlagen, für die Stärke seiner Wehrmacht eintritt, hatte mehr und mehr wirtschaftlichen Interessenkämpfen Platz gemacht, die auch innerhalb der Partei trennten. Sein Verdienst war es, daß er ausgleichend und doch bestimmt Persönlichkeit die Fraktion zusammenzuhalten und sie bei großen Entscheidungen geschlossen ins Tressen zu führen. Darüber hinaus hat er Wege gewiesen, die für die Entwicklung der Partei bis in die heutigen Tage richtunggebend gewesen sind. Er hat uns von einer vielleicht etwas einseitigen Betreuung der Industrie hingelenkt auf eine

gleichmäßige Fürsorge für alle produktiven Stände, besonders für Landwirtschaft und Mittelstand, und er hat als notwendige Ergänzung des liberalen Gedankens in einer Zeit großer technischer und wirtschaftlicher Umwälzung die soziale Frage in den Vordergrund gerückt. Unvergessen ist ihm, daß er in dem Streit um den Zolltarif die Fraktion geschlossen zur Annahme des großen Gesetzeswerkes führte, das die Grundlage zu einer blühenden Wirtschaft gewesen ist. Unvergessen bleibt ihm die soziale Erfahrung, die die Gleicherachtung aller Stände forderte, und wahrhaft prophetisch sind die Worte, die er schon im Jahre 1899 sprach: „Es kann eine Zeit kommen, in der Deutschland um seine Existenz kämpfen muß. Dann müssen wir uns alle Klassen der Bevölkerung stärken können, auch auf die Arbeiterklasse.“

Stände er noch unter uns, dann würde er, das wissen wir, wie sein von ihm bezeichnete Nachfolger Stresemann, seine ganze Kraft und sein Herabdruck hingeben haben für einen Wiederaufstieg und das Glück der Heimat,

beschlossen in dem Gelöbnis, daß auch wir am Fuße seines Ehrendenkmals dem großen Führer nachsprechen wollen: „Deutschland über alles.“

Nach dem gemeinsamen Gesange des Deutschlandliedes übernahm Oberbürgermeister Dr. Helmrich das Denkmal in den Schuh der Stadt Mannheim.